

adung.
den 13. ds. Mts. werden alle
ngen des Bezirks Nagold
er" auf nachmittags 1/2 Uhr zu
ort.
tag des Bundesvorsitzenden der Ver-
ang ehem. milit. Kriegsgefangener
Heinemann.
dung einer Orts- od. Bezirksgruppe.
Hiebens.
ehere ehem. Kriegsgefangene.

RSI
schneeweiß,
Rosenbleiche,
erhält die Wäsche,
Arbeit
u. Kohlen.
selbsttätiges
schmittel
4. — das Patent
Cie., Düsseldorf.

Konfirmations-
Gesangbücher
empfiehlt
W. Zaiser, Nagold.

Blumen-Nahrung
Mairol
besten
Topfpflanzen-
Dünger
Erfolg Gewarant
reicht f. 45 Pflanzen 5 Monate!
Preis Mk. 3.50.
Zu haben bei: 1094
Löwendrogerle Nagold.

Etwas Gu'es
f. Haare u. Hautboven ist es
Brennnessel-Haarwasser
mit den 3 Brennnesseln.
691 Zu haben bei:
Frisuraersch. Böckle, Nagold.

Alle guten Bücher
und Schriften, Zeitschriften,
Kalender, Bilder sowie Mu-
sikalien u. s. w. werden von
uns schnellstens und bestens
geliefert. Nicht Vorzütiges
besorgen wir auf raschestem
Wege.
G. W. Zaiser, Nagold

Nagold.
Weil überzählig, verkaufe
ich einen
Braun-
aber
Kappwalleh
unter 3 die Wahl, vertraute,
zugelassener. 1127
Chr. Schuon.

Ziege.
mit 1. Bodenchem. Rindern
verkauf am nächsten Mittwoch
den 9. d. Mts. mittags 1 Uhr.
Andr. Bräule, Witwe.

Traktat an jedem Werk-
tag. Beschlüssen nach
öffentliche Beschlüsse
und Protokolle entgegen.
Preis vierteljährlich hier
mit Teilerlöse Mk. 12.—,
anzahlts 12.45
täglich, der Postgebühren.
Monatlich nach Beschlüssen.
Kriegs-Verträge für die
aufpaltige Seite aus ge-
mäßlicher Schrift oder
denn kann bei einmütiger
Einstimmung 50 Fl.,
bei mehrmaliger Rückst
nach 100 Fl. Bei gerichtl.
Behörden u. Behörden
ist der Rabatt hinstellen.

Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Re. 57

Donnerstag den 10. März 1921

95. Jahrgang

Unter der Gewalt.

KM. Von dem Friedensvertrag von Versailles wird nicht als ein wertloses Fingerring. Seine Urheber mochten ihn selbst dazu in einem Augenblicke, da sie die stoffliche Hebelwirkung gegenüber den wirtschaftlichen Dingen verloren hatten. Sie befinden sich in einer Verlegenheit, die zum mindesten ebenso tödlich ist, wie unsere verübliche Lage. Das französische Volk verlangt die Einlösung des von Herr Poincaré festgesetzten ausgesetzten Wechsels. Zwar nicht offiziell, aber trotzdem. Ein Staatsmann führt, was im Inneren des eigenen Volkes vorgeht, muß es fühlen und richtet danach sein ferneres Verhalten ein. Und England ist in der nächsten Lage, rettungslos im Schlepptau des lieben Freundes schweben zu müssen, wenn Herr Lloyd George auch in London den Sprecher macht. Derartige Konstellationen sind bei komplizierten Verhältnissen am Plage. So kloppte man den Friedensvertrag zu einem wertlosen Fingerring; ist zwar nur etwas höchst ungeschickliches, doch über längere Zeit wäre es von selbst geschehen. Denn je länger die Zeit, desto unhaltbarer die Lage, die sein stärkster Fundament bildet.

So haben wir im Grunde genommen Krieg mit der Entente. Doch das ist ein uns bereits zur Gewohnheit gewordener Zustand. Denn, wenn auch die Wahlen im November des Jahres 1918 ruhete, so ist Frieden dennoch niemals gewesen. Ein heimlicher Krieg, unter welchem wir, unversehrt wie wir waren, und von Beginn an zu einer positiven Rolle verurteilt, Leiden über Leiden erdulden mußten. Dieser wirtschaftliche Krieg, der mehr zermürbte, als ein offener ehrlicher Kampf. Doch diese zweite Welle hat ja unseren Gegner von Beginn an stets besser gelegen, in der hat er nicht aufgehört, Meister zu sein. Trotz allem: leiden macht hart, und hart sind wir geworden, so eifrig, daß wir endlich alle Menschenverhältnisse vergriffen, endlich das ganze Vertrauen auf Versprechungen u. andere Responsabilitäten verloren und in London bei unseren mesochinischen „nein“ geblieben sind. Mag in den nächsten Monaten kommen, was da will, mögen sie aus das Schwere bringen: ich behaupte, daß mit diesem „nein“, gefügt auf ein einziges deutsches Volk, der Grundstein zu dem Wiederaufbau unserer Nation gelegt wurde. Und mag auch vorläufig Niemand da übersehen, Flugland ihn denken, er wird leben und eines Tages bereit sein, ein neues Gebilde zu tragen. Vergessen wir nie wieder, daß wir Deutsche sind und eine Pflicht zu erfüllen haben, trotz ewig gleichförmiger, armer Sorge. Was sind wir? Die Träger des Leids. Bereiten wir fern, die noch uns kommen, durch unser Leid und unseren Stolz, den wir niemals vergessen dürfen, den Weg zur Freude. Bereiten wir uns! Bereiten wir uns selbst! Einigkeit kann nur aus der Innerlichkeit, welche nur aus der Selbstentleerung zu Gunsten jeden deutschen Bruders erwachsen. Vergessen wir das nicht. Dann wird auch dieser letzte große Sturm über uns hinweggehen, ohne uns entwarzen zu können. —

II.

Der Gegner spricht in seinem Auftrage, den er in Düsseldorf an die Reichsämter liebt — gleich der Klame eines Wundermittels — von einer Aktion der Gerechtigkeit. Das sind Proteste! Sie haben denselben Klang, wie jene, die man an einem traurigen, nebeligen, hangen Novembertag den Bewohnern des besetzten Gebietes zurief, als man sich glaubte, von Selbstmord getrieben, einen ähnlichen Aufstieg erleben zu können, wie ihn die deutsche Nation nach dem siegreichen Kriege von 70/71 erlangt. Man glaubte, es müsse nun alles ebenso werden und verhofft, daß Zeit und Wirtschaft sich seit dieser Zeit vorwärts entwickeln, sich komplizieren und Europa zu einem Unkenntnis machen, in welchem jedes Mädchen in seinem lehrerlosen Gange auf das andere angewiesen ist. Man vergaß, daß auch in diesem Augenblicke noch, daß sich die wirtschaftliche Maschine zu einem Werke komplizierterer Feinmechanik entwickelt hat, welches man nicht mit einem Zerschlaghammer auf eine andere Gangart einstellen kann. Man vergaß vor allen Dingen, daß überzig Jahre schwerer Arbeit und erbittertster Konfliktkampfes, daß sechs harte Kriegsjahre und zwei Jahre unbeschreiblicher moralischer und physischer Not den besten Kern der Menschheit geäuert und ihm das Gefühl für gesunde Kritik angeschlossen haben. Wenn Frankreich einst auch den Ruhm erobert haben mag, sich auf die Spitze der Völker am schnellsten und intensiven einzufließen zu können, hier hat es ihn unwiederbringlich verlohren, denn nicht nur wir haben aus dem harten Laufe der Zeit gelernt, sondern auch jene, die abseits am Wege standen und höchst glühende Diktaturen schufen. Und so verhielt dieser Ruf der Gerechtigkeit, welcher Empressen vertrieben soll, indem er sich auf das Gefühl für Recht appelliert, vollkommen seinen Zweck. Das zeigt uns, sondern alle, alle haben den Gegner durchdrungen. Das zeigt selbst die charakteristische Presse von Neutralität, welche sich enthielt gegen den ungläublichen Rechtsbruch einer antenatischen Scherwindstrie und vers, auf ihre Rettung behaftete Part Finance wendet. Dies verlangt jeder Kniff und sei es noch so gut in altenenglischer Schloß Schule erprobt. Man lehnt ab und läßt tüchtige Ueberzeugung und, schließlich auch

nur vereinzelt, wieder das innere Gefühl des Rechts, an Stelle der Unrechtskraft, troffen, egoistischen Wohlwollens, treten. Jede Natur abt Geben und Nehmen; hier geht man die Kon-
leugnung und beginnt sich von einer schlaffen Elque der
Rocher-Rocher frei zu machen. Man beginnt zu denken
und das bedeutet für Deutschland: „Dank“.

III.

Alles Uebrige, was augenblicklich im Gange und auch
ausgesprochen nebenher laufen mag, sind Richtschnuren, die
wir nicht beachten, aber nicht übersehen dürfen. Es sind
die Drangsalen des Augenblicks, welche den Schwachen wohl
in ihr Verstecke hinein jagen und ihn zermürben können.
Doch derjenige, welcher die Mühe nicht scheut, eine beschwer-
liche Bergwanderung zu unternehmen, welcher den letzten
Willen hat, nicht in der letzten Not des Augenblicks unter-
zugehen, mit dem „Neinland“ wähle. Er weiß aber auch,
daß es bereitet werden muß und nur bereitet werden kann,
wenn heimlicher Egoismus hinter dem aufstrebenden Bürger-
willen selbst auf Kosten des allmächtigen Selbstweils zurücktritt.

Deutscher Protest gegen die Vergewaltigung. Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Berlin, 8. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab heute im Reichstag Reichskanzler Lehndorff folgende Erklärung ab:

Reichskanzler Lehndorff:

Meine Damen und Herren! Die Londoner Verhandlungen sind abgebrochen, unsere Delegation ist auf dem Rückweg. Ich bin der Meinung, daß in eine Erörterung der in London geführten Verhandlungen erst nach der Rückkehr unseres Außenministers Simonis eingetreten werden kann. (Sehr richtig!) Aber zu einer Maßnahme, die die alliierten Regierungen beschließen und bereits in Wirklichkeit ausgeführt haben, glaube ich verpflichtet zu sein, Stellung zu nehmen, nämlich zu den Sanktionen. Ich beginne damit, daß ich dieses Wort in „das richtige Deutsch“ übersehe. (Bravo!) Es sind nichts anderes als Gewohnheiten. (Sehr richtig!) Die ewigwährenden Begriffe des Rechts haben mit solchen Akten nichts zu tun. (Sehr wahr!)

Es gibt keinen Rechtsboden

für die militärischen Maßnahmen, die die alliierten Regierungen jetzt eingeleitet haben, um einseitig geforderte Leistungen von uns zu erzwingen. (Sehr richtig!) Den Protesten, die der Herr Außenminister in London erhoben hat, schließe ich mich nunmehr der deutschen Regierung und namens des deutschen Volkes an. (Sehr, Bravo!) Dieser Rechtsbruch wird durch juristische Behauptungen nicht verhüllt oder sogar gebildet. (Sehr richtig!) Der Rechtsbruch erscheint uns schlimmer, weil er gebildet wird durch die Staatsmänner der siegreichen Mächte und weil er sich richtet gegen ein Volk, dem man jedes Gewehr genommen hat, um sich gegen die Gewalt zu wehren. (Bedauerliche Zustimmung, Zuruf auf der äußersten Bank.) Dieser Rechtsbruch wird auch dadurch nicht gemildert, daß er als Versuchung bereits in dem Moment angekündigt worden ist, wo die Entente in den Pariser Beschlüssen ihre unumgänglichen Forderungen an das deutsche Volk formuliert.

Wir haben nun zum wenigsten, meine Damen u. Herren, in diesen Wochen gelernt, daß uns in den Pariser Beschlüssen etwas Unmögliches zugemutet wird. (Sehr wahr!) bei der Arbeit.) Die vergangenen Wochen haben uns in der Ueberzeugung nur befestigen können, daß auch in dieser von den alliierten Regierungen gestellten Art weder eine Regelung der europäischen Verhältnisse noch die Liquidierung des Krieges möglich ist. (Sehr wahr!) Und wenn in dieser Weise fortgeladen wird, kann das Uebel nur vermehrt werden. (Sehr wahr!) Glauben wirklich die alliierten Staatsmänner, daß auf diese Art eine geordnete Regelung in der europäischen Welt durchzuführen werden kann? Das ist unmöglich. Sie werden sich dadurch weitere Ungelegenheiten schaffen u. man wird noch Lösungen aus uns suchen müssen, die aus der Sphäre konstruktiver Unmöglichkeit überleiten in tatsächliche, menschenfeindliche Wirklichkeit. (Sehr richtig!)

Es muß an die Stelle der Gewalt treten der rechtliche Wille.

die Weltgemeinschaft des guten Willens. (Zurufe links: Republikanismus!) Wir sind bereit gewesen, zu unserem Teile die Weltgemeinschaft des guten Willens zu betätigen. (Zuruf links: Der Reichstagspräsident hat sie betätigt.) Wir haben uns nicht geweigert, aus dem Verlaufe des Krieges die notwendigen Folgen zu ziehen und auf uns zu nehmen. Wir sind uns auch völlig klar darüber, daß wir beim Wiederaufbau der Welt die schwersten Lasten zu tragen haben. Wir haben uns redlich bemüht, die Gegner zu überzeugen von den Grenzen der Restrukturalität, die uns gestellt sind. Zurufe bei den Linken, Zurufe bei den Rechten.) Jetzt haben wir den Fall, in den Augen zu sehen, die durch die Verwirklichung der Sanktionen über das deutsche Volk einbrechen. Es beginnt für das deutsche Volk, daß so un-

endlich viel während des Krieges und seit seiner Beendigung durchzumachen hatte, abendlich eine schwere Zeit.

Jetzt gilt es für das deutsche Volk, zu beweisen, wie groß seine Spannkraft, die Ausdehnung seiner Geduld, Zune und Ausdauer ist.

Ich habe Vertrauen zum deutschen Volk (Sehr, Bravo!) Vor allem aber bedenken wir in diesem Augenblicke der Teile unserer Vaterlandes, die wir jetzt mit Bedenken umfassen, die zunächst von den Maßnahmen der Alliierten betroffen werden. Es war herzerhebend für uns, maßgebend, welcher Geist in den bedrohten Gebieten herrscht, der Geist der Entschlossenheit, des Mutes, alles auf sich zu nehmen, wenn es gilt, dem deutschen Vaterland treu zu bleiben. Wir danken unseren Mitbürgern für dieses Zeugnis unerschütterlicher Bestimmung. Wir können ihnen nur versprechen, alles Mögliche zu tun, um ihre schwere Lage zu mildern. (Bedauerliche Zustimmung.)

Noch ein Wort zur Schuld.

Dr. Simonis hat in London an die Reichsämter appelliert. Ich glaube feststellen zu dürfen, daß das Urteil schon heute feststeht. (Sehr richtig!) Ich es jedenfalls in der Richtung feststeht, daß die Aufhebung der Schuld ausschließlich auf deutsche Schultern nicht bloß eine Vermutung, sondern eine Bestimmung der Herren Simonis, Poincaré, wie auch gewisser englischer Staatsmänner bedeutet. (Sehr gut und Bravo!) Auch ich überlasse das Urteil der Geschichte, die aber der Meinung, daß die Geschichte ihr Urteil abzugeben haben wird, nicht nur über die Schuld am Kriege, sondern auch über das Diktat des Pariser Friedens. (Stimmlicher, langanhaltender Beifall.)

Die Erklärung der bayerischen Regierung.

München, 9. März. Im Staatsratssaal wurde heute mittags in Anwesenheit der gesamten Regierung die Erklärung abgegeben. In der Erklärung wird die bayerische Regierung die bayerische Unterhändler in London in Uebereinstimmung mit dem Willen des gesamten deutschen Volkes zur Herstellung eines ehrlichen Friedens den Forderungen unserer Gegner bis an die äußerste Grenze des Möglichen entgegengekommen sind, blieben die Verhandlungen ergebnislos. Die Gegner verharren bei ihrem unerschrocken und unumwandelten Vorher Diktat, weil sie uns vernichten wollen. Das deutsche Volk hat es im Bewußtsein seiner Ehre und seines Rechts abgelehnt, zur eigenen, von Unwissenheit und böser Erwahnung Verleugung keine Unversicht zu geben. Die Kräfte wollten und wollen wir auf uns nehmen, Unwissenheit und Schloer nicht als! (Bravo!) Infolge dessen setzen die Gegner unter abermaliger Verletzung des von ihnen selbst diktierten Friedensvertrages von Versailles nunmehr ihre los, Sanktionen in Kraft. Wir protestieren dagegen vor aller Welt. Wir protestieren insbesondere dagegen, daß dem deutschen Volk immer noch allein die Schuld am Weltkrieg aufgebürdet werden soll. (Bravo!) Das Vorgehen der Gegner bedeutet neue Gewalt, neuen Druck und neue Gefahren wirtschaftlicher und physischer Art. Bei der Bestimmung unserer Gegner ruhten wir, daß dies so kommen würde.

Eine Erklärung der badischen Regierung.

Karlsruhe, 9. März. In der heutigen Sitzung des badischen Landtags legte Staatspräsident Dr. Traut unter Zustimmung des Hauses Verwahrung ein gegen die unbeschäftigten Zwangsmaßnahmen der Entente. Das deutsche Volk werde auch in dem neuen über uns ergehenden Leid aufharrten.

Ein Aufruf an die Bewohner des besetzten Gebietes.

Berlin, 8. März. Die Abgeordneten der besetzten Gebiete haben folgenden Aufruf an die Bewohner der besetzten Gebiete erlassen:

Rheinländer, Rheinbessen, Rheinpfälzer!

In erster Entscheidungsschwerer Stunde wenden wir, die in freier Wahl erkorenen Vertreter des rheinischen Volkes im deutschen Reichstag, und an Euch. Ihr kennt die Pariser Beschlüsse. Ihr wißt, was ihre Annahme für das deutsche Volk bedeuten würde: Ein Skandal, wie es noch niemals einem großen Kulturvolke aufgebürdet wurde. Die Reichsregierung hat diese Forderungen abgelehnt. Hätte sie anders gehandelt, sie wäre nicht wert, ein Volk zu vertreten, das auch im Unglück nicht versagt, was es seiner Ehre, seiner Zukunft schuldig ist. Sie war bereit, im Namen des deutschen Volkes schwere Lasten zu übernehmen. Was sie in London anbot, war das Höchstmögliche, was Deutschland tragen kann. Man hat unser Angebot zurückgewiesen, man hat sich angeweiht, es auch nur zu erwidern. Man appelliert an die Gewalt gegen ein wehrloses Volk, zwei Jahre nach dem Friedensschluß. Ihr kennt die „Sanktionen“, Zwangsmaßnahmen, die über uns verhängt sind, sie reden eine deutsche Sprache, sie enthüllen das letzte und eigentliche Ziel der Ententepolitik. Dieses Ziel ist Deutschlands Zerstörung. Aber dieses Ziel wird nicht erreicht werden. Dafür blüht der gesunde Sinn des deutschen Volkes, sein unerschütterliches Lebenswille. Das Letzte, das Einzige, was uns geliebt, unser deutsches Vaterland, unsere Einheit, werden wir uns nicht räumen lassen.

Rheinländer, Rheinbessen, Rheinpfälzer! Ihr seid vor allen anderen deutschen Stämmen berufen, der Welt zu zeigen, daß nichts untauglich ist, dem deutschen Volk den Willen zur

Betrieblische Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Für jede, Bezugszeit mit
Lohnen. — Bezugszeit
über 10 Jahre in
Kaufman über an der
unverändert bleibt. —
In Fällen von
Lohnen über 10 Jahre
über 10 Jahre in
Lohnen über 10 Jahre
über 10 Jahre in

Telegraphen-Adresse:
Gesellschafter Nagold.
Verantwortlicher Redakteur:
Eintucht 5113.

nationalen Einheit, die Reichstreue und Reichstreue zu fördern. Bisher als zwei Jahre schon trägt Ihr die schwere Last der leidlichen Befragung. Sie hat das Hand, das Euch mit Deutschland einigt, nicht geändert, sondern noch enger und fester geknüpft. Nun will man zu wirksameren Mitteln greifen. Ihr müßt, was Euch zugebracht ist: Man will am Rhein eine Zollschranke errichten, um Euch wirtschaftlich von Deutschland abzuschneiden. Die wirtschaftliche Trennung bedeutet den ersten Schritt zur politischen Vertreibung, zur Annexion. Eure schöne Heimat, die Seele der deutschen Nation ist in Gefahr! Das Vaterland kann sie nicht schützen, Ihr allein müßt sie retten. Was auch kommen mag, wadret über Deutschland, haltet fest am Reich. Keine Macht der Erde ist stark genug, Euch gegen Euren Willen von Deutschland loszureißen. Vor allem: Seid einig, schließt Eure Reihen, was immer auch kommen mag! Reicht Euch die Hand zu einmütigen Widerstand: Komme, was kommen mag, wir bleiben deutsch!

Rheinländer, Rheinbesen, Wälder! Die Augen der ganzen Welt sind auf Euch gerichtet. Zeigt ihr, daß deutsche Treue kein leerer Wahnsinn ist, daß ihr aber alles ertragt, als das Ihr Deutschland jemals die Treue bracht. Halte treue Wache am deutschen Rhein! Das Vaterland vertraut auf Euch! Berlin, Reichstag, 8. März 1921.

Die im besetzten Gebiet gewählten Reichstagsabgeordneten der Deutsch Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Deutsch Nationalen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei.

Protest der rheinischen Abgeordneten gegen die geplante Zollgrenze.

Berlin, 8. März. Die heute im Reichstag versammelten parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete haben einstimmig folgendes erklärt:

Die von den gegnerischen Mächten angebotene Errichtung einer Zollschranke am Rhein würde eine offensichtliche schwere Verletzung des Versailler Friedens bedeuten, da die Errichtung eines solchen Zollgebietes nicht, wie der Versailler Frieden als Bedingung für eine solche Maßregel vorsieht, den Interessen des besetzten Gebietes dienen, sondern im Gegenteil die Interessen desselben schwerer schädigen würde. Aber auch die Errichtung eines besonderen Zollgebietes und die damit unumwandelbar verbundene wirtschaftliche Schädigung der besetzten Gebiete wird die Durchführung dieser Gebiete in ihrer Treue zum deutschen Vaterland nicht wankend machen.

Die Haltung Amerikas.

Keine Teilnahme Amerikas am Vormarsch.

London, 8. März. Wie die „Exchange Telegraph“ aus Washington meldet, hat das Staatsdepartement beschlossen, daß das amerikanische Gesandtschaftsmitglied beim Vormarsch in Deutschland nicht mitwirken werde.

Das Telegramm belagt weiter: Die Pläne des Präsidenten Harding betreffend den sofortigen Frieden mit Deutschland sollen angeblich durch die Weigerung der Deutschen, die Reparationsbedingungen anzunehmen, umgestoßen worden sein. Es wird erklärt, der Präsident sei der Ansicht, daß die Annahme der Friedensresolution des Senats Anstoß zu einem Zeitpunkt, wo die alliierten Truppen mobilisiert seien, um die Bedingungen des Vertrags von Versailles zu erfüllen, im Ausland als ein direkter Affront gegenüber den Alliierten aufgefaßt werden würde.

Durchführung der 50 Prozent Abgabe.

London, 10. März. Reuters erklärt, daß das Gesetz zur Durchführung der Vorschläge betr. die Abgabe von 50 Prozent des Wertes eingeführter deutscher Waren jetzt im Entwurf fertig ist. Gestern nachmittags beschäftigten sich die englischen, französischen, italienischen und belgischen Sachverständigen damit, um ähnliche Maßnahmen für die anderen Länder zu erörtern. Wie verlautet, sollen die Verhandlungen der Konferenz heute im Unterhaus eröffnet werden.

Beschlagnahme der Zölle bereits begonnen.

London, 9. März. (Haas.) Die heutige Sitzung der Konferenz begann mittags und war um 1.45 Uhr beendet. Die alliierten Delegierten prüften in ihren Einzelheiten die Durchführungsbedingungen der wirtschaftlichen Zwangsmaß-

nahmen und nahmen Kenntnis von dem ersten Bericht der Rheinlandskommission, monach die Beschlagnahme der Zölle an der Grenze, welche Deutschland von Frankreich und Belgien trennt, bereits begonnen hat. Darauf prüften sie die Bedingungen für die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein und bestimmten, welche Ergebnisse bei ihrer Einkehr oder bei ihrer Auskehr aus dem besetzten nach dem unbefragten Deutschland befolgt werden können. Zum Schluß legten sie die Grundlagen für einen einheitlichen Gesetzentwurf fest, der von jeder der beteiligten Regierungen ihren zuständigen Parlamenten vorzulegen werden soll, um so zu erreichen, daß ihre Staatsangehörigen für Abrechnung der Reparationskommission einen Teil der Zahlungen leisten, die sie ihren heimischen Veteranen schulden. Die Einzelheiten der Durchführung sind heute nachmittags in einer Sitzung der Sachverständigen geregelt worden. Um 6 Uhr nachts, trat der Oberste Rat von neuem zusammen, um in dieser Frage eine endgültige Entscheidung zu treffen. Diese wird sofort der Rheinlandskommission telegraphisch werden. Marshall Hoop und General Weygand unterzeichneten den Obersten Rat davon, unter welchen Bedingungen die Befragung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bisher festgehalten habe und weiter fortgesetzt werden sollte. Die wichtigste Entscheidung, die heute getroffen wurde, besteht in der Annahme des Grundgesetzes der Anwendung der Strafmaßnahmen für alle Verträge Deutschlands gegen den Versailler Vertrag, sei es, daß es sich um die Einmündung handelt, oder um die Auslieferung der Kriegsschuldigen oder um sonstige Verpflichtungen. — Morgen wird die Konferenz die griechischen und die türkischen Delegierten abhören. Genua ist in den Abendstunden in London eingetroffen.

Die Durchführung der Sanktionen.

London, 10. März. Ein amtlicher Bericht von gestern besagt, daß die Führer der alliierten Länder zusammenkamen und über die Durchführung der Sanktionen zu beraten. Man will vor der Durchführung mit Sachverständigen die Angelegenheit beraten. Man kam überein, daß die Sanktionen erst dann enden sollen, wenn eine befriedigende Lösung der Reparation erzielt worden ist. Daraus wurden die Verhandlungen betreffend Griechenland und die Türkei wieder aufgenommen.

Die französischen Gewerkschaften und der Wiederaufbau.

Genf, 8. März. Der französische Gewerkschaftsverband hat Vertreter der Kriegsgebiete für den 21. März nach Paris eingeladen zu einem Kongress für die Aufrüstung eines Planes zum Wiederaufbau Frankreichs. Der Verband hat zur Teilnahme an dieser Versammlung die politischen Vertreter, die Gemeindevorstände, Berufsverbände, Genossenschaften und Arbeitergewerkschaften der Kriegsgebiete eingeladen, um ihnen das Ergebnis der an Ort und Stelle gemachten Beobachtungen, sowie der mit den Deutschen geführten Verhandlungen zu unterbreiten.

Lloyd George über London.

London, 8. März. Hans Lloyd George sagte im Unterhaus, er habe persönlich von dem nichts zurückzunehmen, was er kürzlich über Dr. Simons gesagt habe. Aber er habe zu der Schlussfolgerung kommen müssen, daß Dr. Simons nicht in der Lage gewesen sei, irgend einen Vorschlag zu unterbreiten, der von den Alliierten hätte angenommen werden können. Die beiden besetzten Städte seien die Hauptzentralen eines äußerst wichtigen Industriebezirks. Lloyd George betonte ferner die Vorteile der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die er bei weitem vorzöge. Das wäre die Eingabe von 50% der deutschen Waren, die in die alliierten Länder exportiert würden. Das Parlament werde sich darüber noch auszusprechen haben. Die Neutralen würden davon unterrichtet werden, daß der springende Punkt für die Regelung des ganzen Verkehrs die Herkunft der Waren sei. Die Neutralen müßten dabei, woran sie sich zu halten hätten und dürften sich nicht darüber beklagen, daß man sie ungerecht behandle.

Kleine politische Nachrichten.

Die Völkerbundskonferenz in Barcelona.

Barcelona, 8. März. Der japanische Vizebotschafter in Brüssel, Kato, der sein Land auf der vom Völkerbund ein-

berufenen internationalen Konferenz vertritt, ist hier eingetroffen. Solche nach Auflösung der Konferenz werden die Vertreter der Nationen die Lage der Transportmittel und der Verkehrswege ihrer eigenen Länder schildern. — Die Zeitungen erwarten von der Konferenz Abkommen über die Schiffverleihsfrage, die Freiheit im Durchgangsverkehr, das Recht zur Führung einer Schiffsflagge auch für Nationen, welche keinen Zugang zur See haben, sowie eine Entscheidung über eine internationale Regelung des Passenverkehrs.

Die Polnisch-Danziger Wirtschaftsverhandlungen.

Bei der letzten Verhandlung in Warschau haben sich ganz besondere Schwierigkeiten ergeben. Von polnischer Seite wird die vollständige Öffnung der Galizien- und ausnahmsweise durch die unbeschränkte Zulassung der polnischen Markt zum Tagesmarkt als Zahlungsmittel verlangt. Diese Forderungen der Polen würden gleichbedeutend mit dem völligen wirtschaftlichen Ruin der freien Stadt sein. Ein Abbruch der Verhandlungen wurde jedoch im letzten Augenblick vermieden. Eine Konferenz mit dem polnischen Sachverständigen beim Danziger Senat wird zu den Forderungen der Polen-Erklärung nehmen.

Ein deutscher Erfolg für Estland.

In Estland fanden in den ersten Wochen des Februar die Kommunalwahlen statt und ergaben ein überraschendes Resultat: Neben einem starken Rückgang der Sozialdemokraten löst sich ein nicht unbedeutendes Anwachsen der deutschen Stimmen konstatieren. In Pernau, der drittgrößten Stadt Estlands errang die deutschpolitische Liste einen ungewöhnlichen Erfolg; von 56 Stimmern erzielten 15 die Deutschen, also mehr als 25 Prozent, während sie nur knapp 5% der Gesamtbevölkerung Pernaus ausmachen.

Die nächste Sitzung der Orient Konferenz.

London, 8. März. Die Konferenz hat heute keine Sitzung abgehalten. Morgen wird sie zusammenzutreten, um den griechischen Kriegsminister Gounaris anzuhören, der für Athen hier erwartet wird. Gounaris ist auf Anweisung seiner Regierung, nicht auf Einladung der Alliierten nach London gekommen.

Antrag auf Verrückung der Ländervertretung im Reichsrat.

Berlin, 9. März. Mit Zustimmung des Reichstags hat die Reichsregierung beim Reichsrat beantragt, daß der Artikel 61 Abs. 1 der Reichsverfassung folgenden Wortlaut erhalte: Im Reichsrat hat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei den größeren Ländern entfallen auf je 700 000 Einwohner eine Stimme, ein Ueberschuß von mindestens 350 000 Einwohnern wird 700 000 gleichgestellt. Kein Land darf durch mehr als zwei Fünftel der Gesamtstimmen vertreten werden.

Nach der jetzt geltenden Fassung entfällt auf je eine Million Einwohner ein Sitz des Reichsrats. Die Gesamtstimmzahl beträgt 55, von denen Preußen, da es nur zwei Fünftel überschreitet, nur 22 besitzt. Auf Grund der beantragten Änderungen würden auf Bayern einschließlich Steiermark 10 Stimmen entfallen, auf Sachsen 7, auf Württemberg 4, auf Baden 3, Thüringen, Hessen und Hamburg je 2 und auf die übrigen Staaten je eine Stimme.

Verlängerung der Kohlensteuer.

Berlin, 8. März. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes zugegangen. In der Begründung heißt es u. a.: Was den Zeitraum der Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes anlangt, so ist dieser bis zum 30. Sept. 1921 bemessen worden. Einmal weil die darin die Frage der Neugefaltung der Kohlenwirtschaft entschieden sein dürfte und dann weil der Wirtschaftsausschuß des Reichstages unter einstimmiger Billigung des Großen Ausschusses des Reichstages eine Verlängerung für einen größeren Zeitraum widerrieten hat. Angesichts der vor sich gehenden Veränderung in der Weltwirtschaftslage und im besonderen der Weltkohlenlage, hielt es die Reichsregierung für geboten, sich diesen Bedingungen nicht verschließen zu dürfen. Andererseits konnte aber der Zeitraum nicht länger gewählt werden, weil eine ständige Veränderung der Grundlage der Kohlenlieferung unter Berücksichtigung der Kohlenwirtschaft erst ausführbar ist, wenn die Neugefaltung der Kohlenwirtschaft endgültig feststeht, was umfangreiche genaue Zeit in Anspruch nehmende Verhandlungen erfordert.

fordert das Leben von mir das Unmögliche, so erdrückt es mich entweder, oder — es ist nicht das Unmögliche gewesen. In jedem Falle soll ich alles aufleben, was an Kraft in mich gelegt ist.

Im Schatten der Schuld.

45) Original-Roman von Hanna Forster.

„Es ist doch alles Unstimmig,“ sagte sie plötzlich hinzu, „ein Gespinnst kann doch nicht sein.“

„Nein,“ erwiderte Renate mit bebender Stimme. „Sie haben recht, liebe Frau Müller, ein Gespinnst ist das nicht. Aber wir sollen uns das den Leuten erklären? Das ist doch ausgeschlossen, ihnen die Wahrheit zu sagen.“

Die alte Frau verstand nur allzu gut, was Renate mit ihren Worten sagen wollte. Sie stand auf, räusperte langsam die Sachen wieder auf das Tablett und sprach dann im leisen Ton, als fürchte sie, andere könnten es hören:

„Es soll weiter sehr schlimm gewesen sein. Eine Nervenfähigkeit herrscht hier. Die Fohle ist ganz verarmt und will unbedingt länder. Ach, Mädchen, was soll das noch werden? Ich habe solche Hoffnung auf ihren Einfluß gesetzt. Früher war es schon böse genug, aber seit dem Tod des jungen Herrn ist es so schlimm geworden, daß man es gar nicht sagen kann, — da können Sie halt auch nicht helfen.“

Renate schwieg. Was sollte sie auch der alten Frau antworten? Unstimmig sah sie noch eine ganze Weile da, nachdem die Wirtschafterin mit traurigem Blick das Zimmer verlassen hatte. Wenn es so um die Großmutter stand, dann müßte sie wohl heute wieder sich selbst überlassen bleiben. Früher war Renate freier froh gewesen, wenn sie so über ihre Zeit verfügen konnte. Sie war bei gutem Wetter

in den herrlichen Garten gegangen, hatte ein Buch mitgenommen und sich ein recht schönes Plätzchen zum Anbringen der Pflanzmatte ausgesucht. Solche Stunden des Lebens in der wunderbaren Natur, von den hohen Bäumen umschattet, von den Vögeln umflattert, den süßen Duft der Blumen einatmend — das waren reizvolle Stunden für Renate gewesen.

Aber jetzt konnte sie solche Stunden nicht mehr wie früher genießen. Sie war nicht mehr lässig, ihre Gedanken auf ein Buch zu konzentrieren, gleich kam ihr wieder in Erinnerung, was in der Zeit seit jener ersten Begegnung mit dem Großen Hollwanger auf sie eingestürzt und ihrer innere Ruhe vernichtet hatte. Sie konnte sich auch heute nicht entschließen, eines ihrer Lieblingsbücher im Park aufzusuchen, sondern zog es vor, mit Hilfe eines ihrer Garberode einer gelieblichen Mutter zu unterziehen. Nachher wollte sie zu Frau Müller gehen und sie bitten, ihr irgend eine Verschönerung zu geben. Sie hoffte, daß Arbeit das einzige war, was ihre Ablenkung geben konnte, so daß sie das andere vergaß. —

Frau Maria von Neuring dachte allerdings an diesem Tag nicht daran, Renate zu sich bitten zu lassen. Nachdem sie am Tag vorher lichtebare Neurosenfälle gehabt, und in der Nacht nur mit Hilfe harter nordischer Mittel einige Stunden Schlaf gefunden, übte sie sich jetzt sehr erschlöpft. Aber sie in diesem Zustand gesehen, der hätte die Folge, noch so schöne Frau nicht wieder erkannt. Sie schien völlig zusammengebrochen. Das dässlich gefasste Gesicht zeigte eine solche Farbe, die Augen blickten müde und glasig, die schlanken wohlgepflegten Hände zitterten wie in Altersschwäche.

An solchen Tagen konnte sie niemand sehen, und nur die Fohle durfte ihr kurze Minuten zu ihr ins Schlafzimmer. Am Tage vorher, als der Anfall kam, da hatte sie das geduldige Mädchen fast zur Verzweiflung gebracht, aber heute läßt sie ihren Mühen nicht trösten. Nur das Frühstück ließ sie sich aus dem Bienen, beschloß aber dann der Fohle wieder zu gehen, da sie ihre Dienste nicht brauche.

Fast unbewußt stand alles noch auf dem großen silbernen Tablett, nur wenig Schokolade hatte sie getrunken. Jetzt erhob sie sich und zog sich mühsam einen eleganten seidenen Schalrock über. Welch seltsamer, doch so trauriger Stoff an ihrer noch so herrlichen Gestalt herüber — sie trug seit dem Tode ihres Sohnes nur noch schwarze Farben. Eine ganze Weile schritt sie auf dem dicken Teppich hin und her. Unheimlich wirkte dieses zerschollene Hin- und Herschreiten. Sie zog die Schleppe des Kleides nach sich, und nahm immer wieder von neuem ihren Weg auf.

Pflötzlich öffnete sie die Tür an der rechten Wand, die in das Gemach führte, das ihrem Sohn bei Lebzeiten als Wohnzimmer gedient. Es war groß und hoch mit drei Fenstern, von denen zwei auf eine breite Loggia gingen. Die Einrichtung war außerordentlich kostbar und stilvoll und bestand aus schweren eichenen Möbeln mit wundervollen kunstvollen Schnitzereien. Man sah, hier war nicht gespart worden, um dem einzigen Sohn ein behagliches und vornehm heim zu schaffen, obwohl er doch nur einige Wochen zu Hause weilte.

An der einen Wand hingen zwei große Oelgemälde, von Meisterhand ausgeführt. Das eine stellte Frau von Neuring dar, im Alter von etwa 40 Jahren, im Glanze ihrer majestätischen königlichen Schönheit, die aber so kalt wirkte, daß den Betrachter bei ihrem Anblick unwillkürlich ein kaltes Frösteln überkam. Und doch hatte diese bergsteigende Natur die Menschen so unheimlich beeinflußt, so vollkommen beherrscht! Das andere Gemälde stellte nicht, wie man annehmen sollte, ihren Gatten dar, sondern den einzigen Sohn früh im Alter von etwa 25 Jahren. Er war gleich der Mutter in Lebensgröße gemalt, und gleichfalls von einem hervorragenden Künstler. Die Offiziersuniform hand seiner hohen schlanke Gestalt sehr gut. Das Gesicht hatte wenig Ähnlichkeit mit dem folgen Knüttel Frau von Neuring. Es war hübsch, aber unbedeutend. Die Augen hatten einen gutmütigen Blick, um den Mund lag ein behagliches Lächeln. (Fortsetzung folgt.)

Berlin
eine längere
tiums und
Barthelemy
den vorgel
des Haus
modell Arb
unter dem
nicht zurück
Gebiet ich
seiner W
sein, da
während
daß einige
mengele
stermin, ab
auch nicht
die Enten
die Frage
ordnung i
müsse eing
fugierter R
berungsm
Rommend
Reichsfr
zahlreicher
tionen geg
schärfte
Zeiten ent
auf morg

U
• Die
der Ver
sichtlich
auf die
seite der
samen die
pelie J
ern, sowie
später we
r Bef
tungsdien
Mutter
Kamome
wahrung
nisation
gen über
fast 400
tungsord
der Jagul
neuen Br
Bahnen
r All
Von zusa
an aus
in ganz
gend; Zu
eingetren
daß in
den den
die Nach
durch, do
benstimm
lich zum
lichen Ver
vorhand
und mehr
germliche
im Laufe
sachlich
unermü
reicht habe
rlicher Wo
wesentliche
garn werd
Rat für

Sie
ren J
die er
nicht zu
bedarf
Land
In die
Nichtig
geln den
her den
von der
Bau
Bestimm
nung de
und Abg
Bestimm
den ist
meind
Zu
Vog, er
meinden
Vog, un
durch die
Stamm
bestimm
trag ab
Bestimm
die voll
ermüdig
wir nur
guten Tu
des Wal
teilen. In
zur Deck

Verhandlung vertritt, ist hier
Befugnis der Konferenz werden
Vorgang der Transportmittel und
in Länder schäubern. — Die Zu-
kunft der Abkommen über die
im Durchgangsbereich, das
Hilfsstoffe auch für Nationen,
haben, sowie eine Entschärfung
lang des Patentverlehrs.

Wirtschaftsverhandlungen.
In Warschau haben sich
ergeben. Von polnischer
Eröffnung der Zoll- und aus-
wärtige Zulassung der polnischen
Entlastungsmittel verlangt. Diese
haben gleichbedeutend mit dem
in der freien Stadt sein. Ein
wurde jedoch im letzten Augen-
blick mit bescheidenen Zuscher-
nunt mit zu den Forderungen

Ergebnis für Ostland.
ersten Wochen des Februar
und ergaben ein überwiegen-
den Rückgang der Sozialdemo-
kratischen Kandidaten der
en. In Bernau, der deut-
lich die deutschpolitische Liste einen
56 Stimmen erzielten 15 die
Projekt, während sie nur knapp
ernannt ausmachte.

Der Orient Konferenz.
Konferenz hat heute keine Sitzung
zusammengetreten, um den grös-
ten anzuhören, der für Marmoch
auf Antrag seiner Beglei-
ter nach London gekommen.

Abwehrvertretung im Reichsrat.
Zustimmung des Reichsrats hat
heute beantragt, daß der Ver-
fassung folgenden Wortlaut
jedem Land mindestens eine
Abwehr entsenden auf je 700000
im Ueberschuß von mindestens
1000 gleichfalls. Kein Land
wird der Gesamt-Stimmen ver-
fassung erfüllt auf je eine
des Reichsrats. Die Gesamt-
denen Reich, da es nur
22 besitzt. Auf Grund der be-
den auf Bayern einschließlich
auf Sachsen 7, auf Württem-
bergen, Hessen und Hamburg je
ein je eine Stimme.

Der Kohlenstreik.
Reichstag ist der Entwurf einer
Verordnung über die Abgrenzung des
In der Begründung heißt
der Verlängerung der Gültig-
keitsdauer, so ist dieser bis zum
den. Einmal weil bis dahin
der Kohlenwirtschaft entscheidend
Wirtschaftsausschuß des Reichs-
der Bildung des Großen Aus-
eine Verlängerung für einen
hat. Angesichts der vor sich
der Weltwirtschaftslage und im
er, hielt es die Reichsregierung
abgrenzung nicht verlässlich zu
aber der Zeitraum nicht länger
indig Veränderung der Grund-
der Berücksichtigung der Kohlen-
wenn die Mengestellung der
leibt, was umfangreiche neuartige
Verhandlungen erfordert.

es noch auf dem großen Silber-
gelde hatte je getrunken. Nicht
Abkom einen eleganten selbsten
er kostbare Stoff an ihrer noch
— sie trug seit dem Tode
erz Farben. Eine ganze Weile
spiel hin und her. Inzwischen
und der Schreien. Sie zog die
, und nahm immer wieder von

Es an der rechten Wand, die
ihrem Sohn bei Lebzeiten als
war groß und hoch mit drei
eine breite Loggia gingen. Die
ich festbar und hübsch und be-
Wäbels mit wunderschönen künst-
lich, hier war nicht gepart
ein behagliches und wasser-
er doch nur einige Wochen
gingen zwei große Ölgemälde.
Das eine stellte Frau von
etwa 40 Jahren, im Glanze
Schönheit, die aber so kalt
bei ihrem Anblick unwiderrlich
und doch hatte diese hergestell-
undheimlich bestrahlt, so voll-
andere Gemälde stellte nicht, wie
Watten dar, sondern den ein-
von etwa 25 Jahren. Er war
stark gemalt, und glänzlich
Rüchler. Die Offiziersuniform
gestalt sehr gut. Das Gesicht
dem folgen Antlitz Frau von
aber unbedeutend. Die Augen
lid, um den Mund lag ein
(Fortsetzung folgt).

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. März. Der Reichstag widmete heute noch
eine längere Beratung dem Haushalt des Reichsfinanzminis-
teriums und nahm den Etat schließlich an, nachdem von den
Parlamentarier noch die verschiedensten Wünsche u. Bedenken
ausgesprochen waren. Dann ging das Haus zur Beratung
des Haushaltsplans des Reichsfinanzministeriums über,
wobei Reichsminister Dr. Koch u. a. erklärte, daß wir auch
unter den gegenwärtigen Umständen die kulturellen Aufgaben
nicht zurückstellen dürfen, da eine Sparpolitik auf diesem
Gebiet schlechte Früchte tragen würde. Von einem Uebertritt
seines Ministeriums in der Reichsregierung (ohne seine Stelle
sein, da Reichstag nur auf Veranlassung des Reichstags
erlassen würde). Er sei kein Gegner der Sparpolitik und gewiß
nicht, daß einzelne Ministerien aus Zwangsjahrezeiten zum
Wiedererlangung werden könnten, z. B. des Wiederaufbau-
ministeriums, aber die übrig bleibenden Ministerien wählen
dann auch wieder vorwärts. Im letzten Augenblick, wo
die Antenne mit neuen Gewalttaten gegen uns vorgehe, könne
die Frage der Umgestaltung des Reichstags nicht auf die Tages-
ordnung gesetzt werden. Die Frage der Auswanderung
müsse eingehend geprüft werden, um die Abwanderung qualifi-
zierter Kräfte zu beschränken. Dazu sei das Reichswan-
derungsamt notwendig. Der Minister begründete dann die
Notwendigkeit einer einheitlichen Polizei, vor allem einer
Reichswehrpolizei und schloß u. a. mit Hinweis auf die immer
zahlreicher werdenden Uebergriffe der internationalen Krimin-
ellen gegen pflichttreue Beamte mit einem Dank an die
pflichttreuen Beamten im besetzten Gebiet, die jetzt schweren
Zeiten entgegengehen. Nach 7 Uhr wurde die Weiterberatung
auf morgen Nachmittag 1 Uhr vertagt.

Aus Stadt und Bezirk.

Erhöhung der Personentaxen. Die Erhöhung
der Personentaxen der Reichsbahn wird vorläufig
auf 1. Juni d. J. eingeleitet. Die Fahrkarten
sind bereits angepasst, die neuen Fahrpreise auf der
Reichsbahn mit roter Stempelmarke aufzukleben,
wobei diese Karten nicht bereits zwei oder mehr aufsteige-
preisige Fahrpreise tragen. Wegen der Zeitkarten, Hand-
karten, sowie der Fahrkarten nach Privatbahnhaltungen ergeht
später weitere Verfügung.

**Beschränkung des Zugangs zum mittleren Ver-
waltungsdienst.** Stuttgart, 9. März. Durch eine Verfügung des
Ministeriums des Innern wurde vor einigen Wochen die
Annahme von Beamten durch Schulbehörden und Ver-
waltungsfakultäten geregelt. Die Vertreter der beteiligten Orga-
nisationen hatten im Ministerium des Innern Verhandlungen
über die Angelegenheit. Es wurde mitgeteilt, daß bisher
fast 400 Besuche von Beamten von Beamten der Ver-
waltungsfakultäten an das Ministerium gelangt sind. Die Zahl
der Zugewandten wurde für heuer auf 100 festgelegt. Die
neuen Bestimmungen sollen den Wettbewerb in gründe
Bahnen lenken.

Rückgang der Kartoffelpreise. Stuttgart, 9. März.
Von jahrelanger Seite wird mitgeteilt: Die Kartoffel-
preise aus dem Jahre waren im laufenden Wirtschaftsjahr
im ganzen Reich auch während der Wintermonate beträch-
tlich zurückgegangen und ernüchternde Verluste sind nützlich
eingetreten. Auch ist die Lage dadurch erleichtert worden,
daß in letzter Zeit verschiedene Städte ihre münster recht
bedeutenden Vorräte zum Verkauf gebracht haben, wodurch
die Nachfrage nach Kartoffeln merklich gesunken ist, sowie da-
durch, daß infolge der Mangel an Kartoffeln der Verkauf
Vermittlung der Kartoffelbedarfs überhaupt gegen früher erheb-
lich zurückgegangen ist. Auch dürften in den landwirtschaft-
lichen Bezirken gütlicher noch erhebliche Kartoffelüberschüsse
vorhanden sein, die nach dem Auslefen der Saatware mehr
und mehr zum Verkauf kommen werden. Es ist daher mit
günstiger Sicherheit anzunehmen, daß die Kartoffelpreise, die
im Laufe des Winters in manchen Gebieten des Reichs eine
fast nicht mehr geduldeten und im Interesse der Verbraucher
unerwünschte Höhe erreicht haben, ihren höchsten Stand er-
reicht haben, zumal durch die Einfuhr ausländischer und unpar-
teiliger Ware in den größten Bedarfsgebieten des Reichs eine
wesentliche Entlastung des Marktes eingetreten ist. Auf Un-
gen werden Kartoffeln zu Preisen, die sich zwischen 20—30
Mark für den Zentner bewegen, geteilt.

Die deutschen Steuern. (Fortsetzung.)

Es seien also, das Reich hat nunmehr neben den früher-
ten Steuern und Verbrauchsabgaben jetzt fast alle, jedenfalls
die wichtigsten direkten Steuern an sich gezogen. Das ist
nicht zu verwundern, nachdem das Reich bei dem gemauerten
Bedarf 1/2 aller Steuern braucht, gegenüber 1/2 vor dem Krieg.
Land und Gemeinden sind nunmehr die Kopfträger des Reichs.
In dieser Lage helfen auch die kleinen Steuern nicht, die das
Reich vorab verschiedene Ausführgesetze zum Landessteuer-
gesetz den Gemeinden belassen hat oder gewähren will; (au-
ßer den bereits genannten: Wohnsteuer, Verbrauchsabgabe
von Bier, Hundsteuer, Fremdensteuer, Zuchtsteuer,
Haussteuer u. Warensteuer). Fast ironisch klingt die
Bestimmung, daß die Gemeinden berechtigt sind, mit Ge-
nehmigung des Reichs, des Innern und der Finanzen Steuern
und Abgaben zu erheben, soweit nicht reichs- oder landrecht-
liche Bestimmungen entgegenstehen. Die Steuererhebung der Gemein-
den ist auf ein enges Gebiet beschränkt. Das Reichrat der Ge-
meindesteuern dürfen die Realsteuern, die beim Grundbesitz
Zahlung von 200 Proz. und beim Wald einen solchen von 300
Proz. erhalten haben. Diese Steuern müssen die meisten Gemein-
den mit über 30 Proz. erheben. Wenn sie hier nur 10
Proz. erheben, so verharren wir das dem Waldbesitz, der
durch die Steigerung der Holzpreise den 3 letzten Jahren durch
Sturmrisiko im Dez. 1919 und den Wegfall der Einkommens-
steuer der Gemeinden im letzten Jahr einen hohen Er-
trag abgeworfen hat. Die zu bewältigende Holzmenge hat die
Bereicherung des größeren Teil des Volkes vergrößert und
die vollständige Ausnutzung der Holzkonjunktur nicht ganz
ermöglicht. Mit Ausnahme des Verkaufes von Holz, 1920, wo
wir nur 210 Proz. der Lage erübrigen, ist das Holz aber zu recht
guten Durchschnittspreisen abgesetzt worden. Der Reinertrag
des Waldes von 2,4 Mill. ist auf 3 Rechnungsjahre zu ver-
teilen. Im laufenden Etat haben wir 1,2 Mill. eingestellt
zur Deckung der ungewöhnlich hohen Ausgaben auf allen Ge-

Heimattreue Oberschlesier!

Beim Betreten der ober-schlesischen Muttererde rufen
wir Euch zu:
Hertzlich willkommen in der Heimat!
Das Reich hat gefügt, wir dürfen geschlossen und ver-
einigt über unsere Zukunft entscheiden. Befolgt aufs pein-
lichste alle Anordnungen der Abstammungsbehörde, die alle
Maßnahmen für die Ordnung und Sicherheit getroffen
hat und vor aller Welt verbürgt. Wer die öffentliche
Ruhe und Ordnung stört, schadet der gerechten deutschen
Sache. Unser einziges Kampfmittel ist der Stimmzettel.
Mit dieser Waffe erlangen wir am 20. März 1921 den
Sieg!
Auton. den 8. März 1921.
Reichsminister für Deutschland,
Deutsch-Nationale Volkspartei,
Deutsche Volkspartei,
Katholische Volkspartei (Zentrum),
Deutsch-demokratische Partei,
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Deutscher Gewerkschaftsbund,
Verband der deutschen Gewerkschaften (G. D.),
Gewerkschaftsbund der Angestellten und der
ober-schlesischen Beamten.

Wien der Verwaltung; die andere Hälfte ist für die letzten
nächsten Jahre mit dem noch anfallenden erlaubten Holz-
schlag mit je ca. 700 Jor. im Jahr bestimmt. Neben der gewaltig-
en Steigerung der Ausgaben durch die Wiederaufbau- u. die
Leistung ist es vor allem die Beschäftigung der Arbeitslosen u.
die Wohnungsnot, die große Mittel erfordern. Wir haben es
bis jetzt vermieden, den Arbeitslosen Bedauerleistungen zu
bezahlen, sie wurden vielmehr freit an Unternehmungen be-
schäftigt, zu weichen Reich und Staat Zuschüsse gewährten.
Ich will die einzelnen Unternehmen hier nicht aufzählen,
sie sind Ihnen wohl allen bekannt; es bleibt aber auch für
die Stadt eine erhebliche Summe zu decken. Doch ist das
immer noch besser, als wenn nur Vorunterstützungen wie
unterwärts gemeldet worden sind, die zu n. Leben der betr.
Familie nicht ausreichen und in moralischer Beziehung be-
deutlich sind.

Ehe ich zur Wohnungslieferung übergehe, möchte ich
über das Schulwesen einiges dazwischen hinein sagen:
Nach der Resolution glaube man, das Schulwesen werde
auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Das Reich hat sich
nach der Reichsreform die sog. Normalisierungsgesetz beim
Schulwesen vorbehalten, d. h. es kann im Wege der Ver-
ordnung Grundzüge ausstellen, an die die Länder bei der
landeseigenen Regelung des Gegenstands gebunden sind,
allerdings erst, wenn das Reich von diesem Recht Gebrauch
gemacht hat. Das Reich hat das 8. Schuljahr und die all-
gemeine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr in der Reichs-
verfassung und die Grundschule durch ein besonderes Gesetz
normiert. Danach ist in den 8. Schuljahren der Unter-
richt für alle gemeinlich, als Ausnahme bleibt aber hier die
Sonderpädagogische Schule bis zur Erlassung eines Reichsgesetzes
über die Vorbereitung bestehen. Was mit dem Seminar
wird, bleibt bis dahin unentschieden. Es können deshalb
grundzügliche Änderungen, die bei weiteren notwendigen
Schulveränderungen geboten wären, zunächst nicht vorgenom-
men werden. So wird vorerst hier alles beim alten bleiben.
Die heuer einsetzenden Schüler sind zu 8. Schuljahren ver-
pflichtet, ebenso die Schülerinnen der Mittelschule vom 1. Mai
1921 ab, wenn sie nicht vorher in die Volksschule zurückge-
treten sind. Grundpflichtig ist dort für das 8. Schuljahr eine
Pflanzzeit, die aber bei den wenigen Schülern heuer
erst im Jahre 1922 in Kraft treten soll.

Im 1. Schuljahr müssen heuer die Vorklassen von
der Gemeinde gestellt werden. Eltern, die es vermögen, sol-
ten aber ihren Kindern nach wie vor eigene Schulbücher an-
schaffen, schon wegen den notwendigen Kontrollmaßnahmen
für die Kinder und den Umständen für die Lehrer —
Die Vorklasse und Vorklasse ist an den Oberflächen
überläßt und sollte einen weiteren Ausbau, Vorklassen haben.
Alle mündlichen und schriftl. Vorklassen bei den zuständigen
Regierungsstellen wurden wegen Mangel an Mittel u. wegen
den Folgen in anderen Städten abgelehnt. Mit dem 6. Lehr-
jahr wird es auch möglich werden, die Schüler in der 6. Kl.
hier zu unterrichten und sie auf die einjähr. Prüfung vor-
zubereiten. Wir haben einen letzten Versuch gemacht, die
Vorklasse ganz auf Kosten der Stadt zu errichten, in der Ge-
meinde, daß die Beteiligten Eltern sich in Form erhöhten
Schulgelds die Kosten mit aufbringen; aber auch das hat
nach neuerlichen Überlegungen wenig Aussicht.

Württemberg.

Ausbau der Wasserkräfte. Die „Eaktionen“ — oder
deutsch und deutlich gesprochen: die Erprobungsmaßnahmen
sind in Kraft getreten. Gelsen und Engländer, Franzosen
und Amerikaner in Düsseldorf eingetroffen; auch andere Mächte
des rheinischen Industriegebiets werden folgen. Damit wird
für Württemberg aufs neue die Frage der Kohlenversorgung
zu einem dringlich zu werden Problem. Wir müssen im
Süden Deutschlands damit rechnen, daß wir keine Kohle mehr
bekommen. Aus dieser Tatsache ergibt sich mit Notwendigkeit
das eine: Wir müssen sofort nach Westwärts sehen. Es würde
in weitem Umfang da, wenn wir mit dem Ausbau unserer
Wasserkraft schon im vorigen Jahr in größerem Umfang be-
gannen hätten. Inzwischen ist aber die Frage in Karlsruhe
beim Wasserwirtschaftsausschuß und durch die neuere Ent-
scheidung des Reichsausschusses wesentlich gelöst worden. Jetzt ist
sein Grund zu längerem Verzögern nicht vorhanden. Jetzt
muß unter der hitzeren Not des Augenblicks sofort an die Ar-
beit gegangen werden. Lediglich die Erlaubnis im Bau von
Kohlewerken haben, müssen ohne Verzögerung mit den Aufgäben
betraut werden, und alle Kräfte sind heranzuziehen, um in
diesem Sommer das Werk zu fördern. Die Ausführung des
Plans im einzelnen, ist Sache der beteiligten Stellen. Hier
soll nur der Grundgedanke als dringende Pflicht hingestellt sein;
Sofort an den Ausbau der Wasserkraft!

Legte Drahtnachrichten.

Düsseldorf im Belagerungszustand.
Düsseldorf, 10. März. Die Belagerungsbehörde in Düsseldorf
hat eine Verordnung erlassen, wonach der Aufenthalt
auf den Straßen von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens
verboten ist. Die Straßenbahn bleibt infolgedessen von 9 Uhr
abends ab ihrem Betrieb ein. Auf Befehl des Oberkomman-
dierenden, General Dégnies, muß die „grüne“ Polizei in
Düsseldorf auf 600 Mann vermindert werden. Die Auswahl
der Beamten, die hier bleiben dürfen, liegt in den Händen
der Belagerungsbehörde.

Belagerung der Kohlenamtlagerplätze.
Hamborn, 9. März, 9 Uhr abends. Die Meldungen
über die Belagerung Hamborns und des Kohlenamtlagerplatzes
der August Thullen-Hütte „Südwert“ sind juteffend. Es sind
200 Mann (eine belgische Kohlenkompanie) und eine Es-
kadron belgischer Kavallerie eingetroffen. Zwischenfälle sind
nicht vorgekommen. Der Belagerungszustand wurde erklärt.
Die Schuppelgel wurde bisher nicht entworfen. Man er-
wartet für morgen den Einmarsch größerer Truppenmassen.
Es geht das Gerücht, daß man die Kohlenhütte auf Ober-
hausen zu besetzen. In Duisburg liegen sieben Kompagnien
Franzosen und fünf Kompagnien Belgier, sowie eine Flieger-
staffel.

Die Belagerung Hollands.
Berlin, 10. März. Eine Meldung aus Amsterdam zu-
folge best in Holland eine große Belagerung wegen des
neuen Konflikts und der sich aus ihm für die internationalen
Wirtschaftsbeziehungen ergebenden Folgen. Man fürchtet vor
allen Dingen, daß die Kohlenzufuhren nach Holland enden
und dem Staate infolgedessen neue große Opfer auferlegen
würden.

Protest der Gewerkschaften.
Essen, 9. März. In einer von 18000 Angehörigen der
bedeutendsten Gewerkschaftsverbände wurde einstimmig gegen
den Einmarsch der Franzosen protestiert. Sie bitten den
Einmarsch der Regierung nicht zu unterschreiben, was über
die Kräfte des deutschen Volkes geht.

Rückkehr Simons.
Berlin, 9. März. Dr. Simons hat gestern abend 7 Uhr
auf dem Potsdamer Bahnhof ein. Eine ungeheure Menschen-
menge begrüßte ihn mit begeisterten Jubel.

Verabschiedung der Reichskabinettsitzung.
Berlin, 10. März. (Sig. Draht.) Die für gestern abend
einberufene Reichskabinettsitzung ist auf Antrag des Außen-
ministers Dr. Simons auf heute vertagt worden.

Abstimmung in Oberschlesien.
Oppeln, 9. März. Die Internationalisierte Kommission erließ
folgende Bestimmungen zur Ein- und Ausreise: Nach Ober-
schlesien werden nur folgende Personen zugelassen: 1) Stim-
berechtigten, die eine als Passierschein dienende Wohnkarte
besitzen, die ihnen von dem zuständigen Amtsbüro des Ortes
in welchem sie eingetragen sind, ausgestellt ist. Diese als
Passierschein dienende Wohnkarte braucht nicht mit Sicher-
merk von Konsulatsbehörden versehen zu sein. 2) Personen,
die krank oder gebrechliche Familienmitglieder begleiten sollen,
die mit einem besonderen Passierschein versehen sind, der
ihnen von dem internationalisierten Büro des Ortes, nach welchem
sie sich begeben, ausgestellt worden ist. Dieser Passierschein
braucht auch nicht mit dem Sicherheitsmerk einer Konsulatsbe-
hörde versehen zu sein. 3) In Oberschlesien ansässige Per-
sonen, die in Oberschlesien ansässig sind vom Reichsamt für
öffentliche Pässe befreit. Diese brauchen mit keinem anderen
Sicherheitsmerk versehen zu sein. Abweichend von den Bestim-
mungen dieser Artikel können in Oberschlesien nichtansässige
und nichtstimmberechtigte Personen ausnahmsweise die
Erlaubnis erhalten, nach Oberschlesien einzutreten, falls sie
unvermeidlich und dringende Gründe angeben können. Die
Erlaubnis ist unmittelbar bei der Poststelle, der Internationalisierten
Kommission in Oppeln schriftlich oder durch Telegramm mit
bezogener Antwort nachzuführen.

Erhöhung der Zuckerzölle.
Berlin, 9. März. In der Sitzung des Ausschusses des
Reichsausschusses für Landwirtschaft und Ernährung
wurde folgende Antrag angenommen: Die Reichsregierung
soll eruchen, die Zölle auf Zuckerwaren für die Be-
völkerung um dasjenige Quantum zu erhöhen, welches bei
gerechter u. billiger Verteilung der beschriebenen Ernte entspricht.

Die russischen Kurachen.
Riga, 7. März. Der Sowjetregierung ist es noch nicht
gelungen sich des aufständischen Kronstadt zu bemächtigen.
Kronstadt Sektoren beschloßen auf einer Versammlung am
5. März die Regierung zu unterwerfen. Die Rigaer
Sowjetregierung steht mit Rostow und Viersburg in nor-
malen Verbindung.

Stochholm, 10. März. „Nordiska Forhvarnaren“ meldet
aus Helsingfors, daß Kronstadt-Gorka zu den aufständischen
Überwiegungen ist. Schiffe werden zwischen der Festung und
einem Panzerzug, der in Oranienbaum eingetroffen ist, so-
wie zwischen dem letzten Namen Ort und Kronstadt gemacht.
Es sind Besuche gemacht worden, Teilnehmer der Minder-
heit zum Angriff zu bewegen. Aber diese Versuche hatten
keinen Erfolg. Ausländische Kurieren dürfen Kronstadt nicht
verlassen. Einige Truppenlinie in Rostow, Peterhof, Oranien-
baum und Kopenje haben sich gleichzeitig mit der Gar-
nison von Kronstadt-Gorka dem Aufstand angeschlossen. Die
Garnison von Palow hat sich freiwillig, gegen Kronstadt zu
geben.

Kopenhagen, 10. März. Einem Telegramm aus Helsing-
fors zufolge hat das Kriegsschiff zwischen Kronstadt vor-
gestern abend nach 9 Uhr wieder aufgenommen. Es wurde
mit schwerer Artillerie geschossen. Im Laufe des Montags
wurden in Kronstadt eine Anzahl Personen getötet. Nach
glaubwürdigen Meldungen aus Terijoki ist die Festung Kron-
stadt-Gorka in den Händen der Bolschewisten. Die Meldung,
daß eine finnisch-bolschewistische Kompanie während des An-
falls, über das Fest zu gelangen, vernichtet wurde, bestätigt sich.

Unwetterliches Wetter am Freitag und Samstag.
Vorwiegend trocken und mild.



